https://www.focus.de/politik/ausland/gesprengte-pipeline-in-rostock-brach-sabotage-jacht-zu-ihrer-nord-stream-mission-auf_id_187712428.html 3.3.2023

Sabotage-Jacht brach von Rostock aus zur Nord-Stream-Mission auf

Update Mittwoch, 8. März, 10.53 Uhr: Bei ihren Ermittlungen zu den Explosionen an den Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 hat die Bundesanwaltschaft im Januar ein verdächtiges Schiff durchsuchen lassen. Es bestehe der Verdacht, dass es zum Transport von Sprengsätzen verwendet worden sein könnte, teilte die Karlsruher Behörde am Mittwoch auf Anfrage mit. Belastbare Aussagen zu Tätern, Motiven und einer staatlichen Steuerung könnten derzeit nicht getroffen werden.

Die Auswertung der sichergestellten Spuren und Gegenstände dauere an. „Die Identität der Täter und deren Tatmotive sind Gegenstand der laufenden Ermittlungen", hieß es weiter. „Belastbare Aussagen hierzu, insbesondere zur Frage einer staatlichen Steuerung, können derzeit nicht getroffen werden."

Ukrainischer Minister nennt Nord-Stream-Bericht „eine Art Kompliment"

Der ukrainische Verteidigungsminister Olexij Resnikow hat eine Beteiligung seines Ministeriums an der Sabotage der Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 verneint. Dass ukrainischen Spezialkräften so ein Einsatz zugetraut wird, sei „eine Art Kompliment", sagte Resnikow am Mittwoch am Rande eines informellen Treffens mit den Verteidigungsministern der EU-Staaten in Schweden. „Aber das ist nicht unser Tätigkeitsfeld." Die Story sei schräg, weil sie nichts „mit uns" zu tun habe.

Auf die Frage, ob er befürchte, dass die Berichte über eine mögliche Beteiligung der Ukraine an der Sabotage einen negativen Einfluss auf die Unterstützung für sein Land im Krieg gegen Russland haben könnte, sagte Resnikow: „Nein, ich bin nicht besorgt."…….

https://www.anti-spiegel.ru/2023/spuren-fuehren-in-die-ukraine-eine-nord-stream-show-der-us-regierung/ 8.3.2023

„Spuren führen in die Ukraine": Eine „Nord-Stream-Show" der US-Regierung?

Am 7. März wurde gemeldet, dass die Spuren zur Nord-Stream-Sprengung "in die Ukraine führen". Interessant ist, dass unterschiedliche Medien unter Berufung auf unterschiedliche Quellen das gleichzeitig gemeldet haben, was auf eine gesteuerte Medienkampagne hindeutet.

Ich habe den Artikel der New York Times, die berichtet hat, eine Gruppe Ukrainer hätte die Nord Streams gesprengt, bereits übersetzt. Während ich noch an der Übersetzung saß, haben auch deutsche Medien gemeldet, dass die Spuren zur Nord-Stream-Sprengung „in die Ukraine führen". Das hätten gemeinsame Recherchen von ARD-Hauptstadtstudio, des ARD-Politikmagazins Kontraste, des SWR und der „Zeit" ergeben. In der Tagesschau war das – im Gegensatz zur Hersh-Recherche vor einigen Wochen – sogar der Aufmacher in der 20.15-Sendung der Tagesschau.

Die New York Times beruft sich in ihrem Artikel auf ungenannte Quellen bei den US-Geheimdiensten, während die deutschen Medien sich auf eigene Recherchen und Erkenntnisse deutscher Ermittler berufen. Die amerikanische New York Times und die deutschen Medien berufen sich also eindeutig auf unterschiedliche Quellen, haben ihre im Kern gleichlautenden „Enthüllungen" aber fast exakt zeitgleich veröffentlicht.

Da wir hier von angeblich streng geheimen Erkenntnissen der US-Geheimdienste und ebenso streng geheimen Erkenntnissen der deutschen Ermittler sprechen – immerhin hat die Bundesregierung die Beantwortung von Kleinen Anfragen zu dem Thema mit dem Hinweis auf „Geheimhaltungsinteressen" verweigert -, muss man davon ausgehen, dass hier eine von staatlichen Stellen der USA und der Bundesrepublik koordinierte Medienkampagne gestartet wurde, anders lässt sich das in meinen Augen nicht erklären. …….

https://www.t-online.de/heim-garten/energie/id_100138400/waermepumpen-verbot-wegen-giftiger-gase-.html 4.3.2023

Giftige Gase im Kältemittel

Droht jetzt ein Wärmepumpen-Verbot?

Wärmepumpen sind gefragter denn je. Doch das könnte sich nun ändern: Denn sie enthalten giftige Chemikalien.

Durch die stark gestiegenen Energiekosten, das angekündigte Aus für Gas- und Ölheizungen und aus Umweltgründen setzen immer mehr Hausbesitzer beim Heizen auf Wärmepumpen. Inzwischen befindet sich diese alternativen Heizsysteme laut Statistiken in fast jedem zweiten neu gebauten Ein- oder Zweifamilienhaus.

Giftige Gase in Wärmepumpen

Doch so klima- und umweltfreundlich, wie sie oft dargestellt werden, sind Wärmepumpen nicht. Der Grund: ihre Kältemittel.

Wärmepumpen nehmen die Wärme von außen – aus der Luft, dem Wasser oder Erde – auf und führen diese in ihren Kreislauf ein. Mithilfe von Kältemitteln wird die Wärme anschließend komprimiert, wodurch sie sich noch stärker erhitzt. Diese gewonnene Wärme wird dann zum Heizen der Wohnräume genutzt.

Das Problem bei dieser Methode: Die Kältemittel enthalten fast immer Per- und Polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS). Diese künstlichen Gase gelten als sehr giftig und persistent, also ewig bestehend beziehungsweise nicht verschwindend oder abbaubar. Zudem gelten sie als krebserregend.

Unter anderem aus diesen gravierenden Gründen sollen PFAS in Europa künftig verboten werden. Deutschland hat sich inzwischen dafür ausgesprochen, die Produktion sowie Verwendung der PFAS EU-weit zu unterbinden.

Zwar sind die giftigen Chemikalien in einem geschlossenem Kreislauf, sodass für deren Besitzer bei laufendem Betrieb in der Regel keine Gefahr besteht. Das kann sich jedoch ändern. Beispielsweise, wenn der Kreislauf oder der Kühlmittelbehälter ein Leck haben und somit die künstlichen Gase austreten können.

Schlimmer ist es jedoch, wenn die Wärmepumpen entsorgt werden müssen. Denn dann treten die Gase auf jeden Fall aus – sofern sie nicht vorab fachgerecht abgepumpt und entsorgt wurden. ……

Ein generelles Aus für Wärmepumpen wird es jedoch voraussichtlich nicht geben, da es Alternativen zu den giftigen Kältemitteln gibt. …….

https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verbot-von-gasheizungen-habeck-will-heizungstausch-mit-milliarden-foerdern/29026876.html 9.3.2023

Habeck will Heizungstausch mit Milliarden fördern

Der Bund will den Umstieg auf klimafreundliche Heizungen abhängig vom Einkommen unterstützen. Damit sollen die Folgen eines Gas- und Ölheizungsverbots gemildert werden.

Berlin Wirtschaftsminister Robert Habeck will den verstärkten Umstieg auf klimafreundliche Heizungen ab 2024 mit einem sozialen Förderprogramm in Milliardenhöhe begleiten. Dies solle gewährleisten, dass sich gerade Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen diesen Umstieg auch leisten könnten, kündigte der Grünen-Politiker am Donnerstag an. Die Förderung werde sich erstmals am Einkommen orientieren.

Ab 2024 sollen neu eingebaute Heizungen zu mindestens 65 Prozent aus Erneuerbaren Energien betrieben werden. Das bedeutet praktisch ein Aus für neue Gas- und Ölheizungen. Habeck kündigte aber an, es werde zahlreiche Ausnahmen und Übergangsfristen geben.

„Die Klimaneutralität darf nicht zu einem sozialen Problem werden", sagte Habeck in einer Pressekonferenz. Details dazu könne er aber noch nicht

mitteilen, die Förderung müsse innerhalb der Bundesregierung noch genauer abgestimmt werden. Etwaige finanzielle Grenzwerte seien noch nicht klar, „aber die politische Logik ist unstrittig."

Habeck wandte sich mit deutlichen Worten gegen die generelle Kritik am Heizungsgesetz: „Wenn die Haltung ist: Das könnte kompliziert sein – dann ist das inakzeptabel." Deutschland müsse die Probleme auf dem Weg zur Klimaneutralität jetzt entschlossen angehen, in der Vergangenheit sei viel zu wenig passiert, so Habeck.

Darüber hinaus sieht Habeck sieht Fortschritte beim klimafreundlichen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. „Natürlich ist noch sehr viel zu tun, die Aufgaben sind groß", erklärte der Grünen-Politiker in einer am Donnerstag in Berlin veröffentlichten Mitteilung. „Aber wir stehen trotz allem am Beginn einer gesellschaftlichen Dynamik. Der Einstieg in die Erneuerung ist geschafft."

Habecks Ministerium veröffentlichte einen „Werkstattbericht", der eine Bilanz der bisherigen Anstrengungen etwa zum stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energien zieht und einen Ausblick auf weitere Vorhaben bietet. Laut dem Konzept („Wohlstand klimaneutral erneuern") sollen bei einem Windgipfel am 22. März Eckpunkte für eine Wind-an-Land-Strategie vorgelegt werden, in der es unter anderem um bessere Finanzierungsbedingungen für Windräder und Vorschläge zur raschen Bereitstellung von mehr Flächen geht.

Mit einer „Kraftwerksstrategie" will Habeck bis zum Sommer darlegen, wie der Zubau und die Modernisierung von Leistung in Kraftwerken in einem Umfang von 17 bis 25 Gigawatt bis 2030 zu stemmen sein soll. Die Kraftwerke sollen klimafreundlicheren Wasserstoff nutzen können.

https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/verbrennungsmotor-bmw-will-noch-laenger-in-benzin-und-diesel-investieren-/29020350.html 9.3.2023

BMW will noch länger in Benzin und Diesel investieren

Zahlreiche Autohersteller verabschieden sich von Benzin- und Dieselmotoren. BMW dagegen will weiter investieren. Auch Mercedes hält sich Optionen offen.

München Trotz aller Bekenntnisse zum Elektroauto plant BMW noch lange mit Verbrennungsmotoren. So sollen die Geländewagen der X-Reihe bis weit ins kommende Jahrzehnt auch mit Benzin- und Dieseltriebwerken gebaut werden, erfuhr das Handelsblatt aus Konzernkreisen. Dazu sollen die Modelle für die Zeit nach 2027 noch einmal auf einer neuen Fahrzeugplattform weiterentwickelt werden, die alle Antriebskonzepte ermöglicht.

Auch Mercedes hält sich beim Verbrennerausstieg noch Optionen offen. Offiziell plant der Konzern zwar, ab Ende der Dekade fast ausschließlich Elektroautos zu verkaufen. Allerdings mit einer entscheidenden Einschränkung: Die „Electric only"-Strategie gilt, „wo immer die Marktbedingungen es zulassen".

Angesichts des schleppenden Absatzes von Elektroautos in China und den USA könnte Mercedes daher auch länger am Verbrenner festhalten. Ein Indiz dafür: Die Stuttgarter modernisieren laut Insidern noch mal ihren V8-Motor M176. …..

https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/elektromobilitaet-vw-plant-fest-mit-batteriezellfabrik-in-nordamerika-der-verlierer-hiesse-osteuropa/29024164.html 8.3.2023

VW plant fest mit Batteriezellfabrik in Nordamerika – der Verlierer hieße Osteuropa

Der Konzern kann in den USA mit Milliarden an Fördergeldern rechnen. Eine Entscheidung soll in den nächsten Tagen fallen. Wie schnell VW in Europa weiterbaut, hängt von Brüssel ab.

Europas größter Autobauer Volkswagen scheint dem Bau einer Batteriezellfabrik in Nordamerika Vorrang vor einem ähnlichen Projekt in Osteuropa zu geben. „Es ist keine Frage ob, sondern nur, wann es so weit

ist", heißt es von einem Insider. Als wahrscheinlichster Standort gilt Kanada. Dort könnte VW von den milliardenschweren Subventionen der US-Regierung profitieren.

Das Brisante: Gleichzeitig dürfte der Autobauer seine geplante Investition für eine Batteriefabrik in Osteuropa zeitlich hintanstellen. So soll VW auf einem Treffen der „European Battery Alliance" vor einigen Tagen den anwesenden Regierungsvertretern mitgeteilt haben, dass man entsprechende Pläne vorerst auf Eis lege. Das berichtete eine Person aus dem Teilnehmerkreis dem Handelsblatt.

Auch aus Unternehmenskreisen heißt es, dass von den derzeitigen Batterieprojekten des Konzerns das in Osteuropa „am wenigsten fortgeschritten" sei. Deshalb sei ein Verschieben des Zeitplans dort am wahrscheinlichsten. Die „Financial Times" hatte am Mittwoch Ähnliches berichtet.

Offiziell kommentieren wollte Volkswagen ein mögliches Verschieben der Prioritäten nicht. Ein Sprecher erklärte am Mittwoch, man suche „weiterhin nach geeigneten Standorten für unsere nächsten Zellfabriken in Osteuropa und Nordamerika". Bislang gebe es dazu noch keine Entscheidungen.

VW würde milliardenschwere Subventionen von der US-Regierung erhalten

Motiviert sein dürfte die Entscheidung vor allem vom Klimaschutzprogramm „Inflation Reduction Act" der US-Regierung, von dem der zweitgrößte Autobauer der Welt kräftig profitieren dürfte. So könnte VW für eine Gigafactory in Nordamerika über mehrere Jahre mehr als acht Milliarden Euro an Fördermitteln einstreichen.

Zum Vergleich: Der Bau eines Batteriewerks in Europa kostet Volkswagen zwischen zwei und vier Milliarden Euro. Von der EU gefördert werden aktuell davon etwa zehn Prozent, also 200 bis 400 Millionen Euro. …..

https://www.handelsblatt.com/finanzen/immobilien/wohnungskonzern-leg-immobilien-streicht-dividende-und-tauscht-finanzchefin/29025700.html 9.3.2023

LEG Immobilien streicht Dividende und tauscht Finanzchefin

Der Wohnimmobilienkonzern wertet seinen Immobilienbestand um vier Prozent ab, weitere Berichtigungen könnten folgen. Die Nachrichten verschrecken viele Investoren.

Düsseldorf Der Düsseldorfer Wohnungskonzern LEG Immobilien will für das abgelaufene Jahr seinen Aktionären überraschend gar keine Dividende zahlen. Angesichts hoher Zinsen und der anhaltenden Unsicherheit über die Bewertung des Immobilienbestands sollen die Gelder zur Stärkung der Bilanz statt zur Zahlung einer Dividende verwendet werden, teilte der MDax-Konzern am Mittwoch nach Börsenschluss vorab mit. Am Donnerstag präsentiert das Unternehmen seine vollständigen Jahreszahlen für 2022.

LEG verkündete außerdem, dass die bisherige Finanzchefin Susanne Schröter-Crossan das Unternehmen im besten gegenseitigen Einvernehmen verlassen werde, sie haben sich aus familiären Gründen für eine Rückkehr nach London entschieden. Den Posten übernimmt zum ersten April Kathrin Köhling, zuletzt Geschäftsführerin im operativen Geschäft, unter anderem für die Steuerung aller LEG-Niederlassungen verantwortlich. …..

https://wirtschaft.com/db-vorstand-sieht-bahn-infrastruktur-an-kipppunkt/ 8.3.2023

DB-Vorstand sieht Bahn-Infrastruktur an „Kipppunkt"

Der Fernverkehrschef der Deutschen Bahn (DB), Michael Peterson, sieht die Schieneninfrastruktur in Deutschland an einem „Kipppunkt". Derzeitige Defizite seien „das Resultat der Unterfinanzierung, die bislang unsere Arbeit bestimmt hat", sagte er der Wochenzeitung „Die Zeit". „Dazu mal ein plakatives Beispiel: 2020 und 2021 haben wir die Strecke Köln-

Düsseldorf viermal in zwei Jahren gesperrt, weil wir einmal den Oberbau neu gemacht haben, einmal die Oberleitung, einmal die Weichen und einmal das Stellwerk", so Peterson.

„Das wäre dasselbe, als wenn Sie für Ihr Badezimmer beschließen: Erst lege ich die Fliesen neu, in drei Monaten mache ich neue Leitungen, in sechs Monaten wechsle ich das Waschbecken aus, die Dusche machen wir in zwei Jahren, das würde kein Mensch so machen. Wir waren aber gezwungen, so zu handeln." Peterson zufolge wurde bereits seit den 1970er-Jahren zu wenig in den deutschen Schienenverkehr investiert und es herrschte lange Zeit „die Vorgabe, den Bahnbetrieb auf Effizienz zu trimmen".

„Deshalb steuern wir drastisch um, es gibt jetzt ein Generalsanierungskonzept, Stück für Stück werden die wichtigsten Bahnstrecken gesperrt und komplett neu hergerichtet", so der DB-Vorstand. Bis 2029 werde sich die Lage in ganz Deutschland verbessert haben. Peterson äußerte auch Verständnis für die Kritik vieler Bahn-Kunden.

Für ihn sei allerdings „die Grenze erträglicher Kritik endgültig überschritten, wenn Bahn-Personal persönlich angegriffen wird". Bahn-Mitarbeiter würden nicht nur verbal angegriffen, es gebe immer wieder auch physische Übergriffe. „Gerade bei Auseinandersetzungen rund um die Maske waren unsere Leute auch Opfer teils brutaler Attacken", so der DB-Manager. (dts Nachrichtenagentur)

Aus telegram.

https://wirtschaft.com/industrie-fordert-schnelle-wiederbelebung-des-bergbaus/ 8.3.2023

Industrie fordert schnelle Wiederbelebung des Bergbaus

Die Industrie fordert eine schnelle Wiederbelebung des Bergbaus in Deutschland. Dazu brauche es „sehr schnell mehr heimische Förderung und Weiterverarbeitung", schreibt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einer Stellungnahme zur geplanten Novelle des Bergrechts, über die das Portal „Business Insider" berichtet. Nur so könne vermieden werden, dass Deutschland bei wichtigen Rohstoffen abhängig von einzelnen Ländern wie China werde.

Der Verband schlägt eine „Förderung-First-Klausel" für das Bergrecht vor: „Die heimische Rohstoffsicherung und -gewinnung stehen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der Versorgungssicherheit." SPD, Grüne und FDP hatten bereits in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, den heimischen Rohstoffabbau zu erleichtern. Durch den Ukraine-Krieg hat dieser Punkt noch größere Bedeutung erhalten.

Bei vielen wichtigen Rohstoffen ist Deutschlands Abhängigkeit von Ländern wie China noch stärker als beim Gas von Russland. Dabei geht es vor allem um Rohstoffe, die für Batterien und Elektroautos, Windräder, Solaranlagen, Mobiltelefone sowie viele klimaschonenden Prozesse in der Industrie benötigt werden. Laut BDI ist heimischer Bergbau der „natürliche Verbündete", um „die politischen Ziele bei grüner und digitaler Transformation zu erreichen".

Im Bergrecht solle der Bund daher „Lagerstätten, die volkswirtschaftlich oder langfristig bedeutsam sind", vor einer Überplanung für andere Zwecke durch Länder oder Kommunen schützen. Der Industrieverband fordert, das von Kanzler Olaf Scholz (SPD) ausgerufene „Deutschlandtempo" nicht nur bei Flüssiggas-Terminals, sondern auch im

Bergbau umzusetzen. Für schnellere Genehmigungen schlägt der Verband unter anderem kürzere Fristen für Einwände sowie den Verzicht auf Umweltverträglichkeitsprüfungen „in geeigneten Fällen" vor.

Widersprüche und Klagen sollten nicht zwingend aufschiebende Wirkung haben, und das Naturschutzrecht solle vereinfacht werden, um „Gutachtenschlachten" zu vermeiden. Wenn Deutschland seine Klimaziele erreichen und die Versorgungssicherheit verbessern wolle, führe „an mehr heimischem Bergbau kein Weg vorbei". Alle Optionen, die „zu mehr heimischer Förderung führen", müssten jetzt „auf den Tisch".

Der BDI begrüßt außerdem die Förderung von Erdgas in Deutschland und beruft sich dabei auf das Wirtschaftsministerium. Laut einem Eckpunktepapier des Ministeriums zur Rohstoffversorgung ist „heimischer Bergbau dann den Rohstoffimporten vorzuziehen, wenn er zu besseren ökologischen und sozialen Standards führt und die Resilienz von Lieferketten stärkt".

Dies sei auch bei der Förderung von Erdgas in Deutschland der Fall, weil es „die um 20 bis 30 Prozent höheren CO2-Emissionen von LNG-Importen" vermeide, so der Verband. (dts Nachrichtenagentur)

https://deutschlandkurier.de/2023/03/energiewende-irrsinn-rwi-experte-warnt-vor-stromrationierung-und-planwirtschaft-ab-2024/ 3.3.2023

Energiewende-Irrsinn: RWI-Experte warnt vor Stromrationierung und Planwirtschaft ab 2024!

Es ist gerade einmal ein halbes Jahr her, da tönte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck („Grüne"), Deutschland habe „kein Stromproblem". Angesichts der Energie- und Klimaschutzpläne der „Ampel"-Chaoten warnt jetzt das in Essen ansässige Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) vor Stromrationierungen für die privaten Haushalte bereits ab 2024!

„Wir müssen uns mit Blick auf die nächsten Jahre auf Stromrationierungen und Planwirtschaft einstellen", prophezeit der Chef der RWI-Abteilung

„Umwelt und Ressourcen", Manuel Frondel, laut „Bild"-Zeitung. Die Netzbetreiber werden demnach künftig „entscheiden, bei welchen Haushalten der Strom rationiert wird."

Gründe seien unter anderem die fehlende Netzinfrastruktur und eine einseitige Ausrichtung in der sogenannten Klimaschutzpolitik auf stromintensive Anwendungen wie beispielsweise Wärmepumpen (Anmerkung der Redaktion: E-Autos nicht vergessen!).

https://www.merkur.de/politik/chatgpt-im-beruf-diejenigen-werden-sich-einen-neuen-job-suchen-muessen-zr-92120824.html 3.3.2023

ChatGPT revolutioniert alles: „Diese Menschen werden sich einen neuen Job suchen müssen"

ChatGPT und Künstliche Intelligenz werden nicht mehr verschwinden. Chance oder Risiko? Das hat komischerweise wenig damit zu tun, wie gut Menschen die KI bedienen können, sagt eine Expertin.

Köln – Wo waren Sie am 11. September 2001? Es ist diese eine Frage, die fast jeder beantworten kann. Sie könnte bald Konkurrenz bekommen. Die neue Frage lautet: Was war der Moment, als Sie die unendlichen Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz (KI) begriffen haben? Als man sich das erste Gedicht in Mundart generieren ließ? Als man in Sekundenbruchteilen einen Vertrag in lettischer Sprache aufsetzen konnte? Oder als man das erste Mal eine zweistellige Punktzahl im Deutsch-Aufsatz bekam? Jeder wird diesen Moment haben, da sind sich Experten einig. Denn die Künstliche Intelligenz dringt immer schneller und immer tiefgreifender in den Alltag ein.

ChatGPT ist erst der Anfang. Ende November wurde der Chatbot veröffentlicht. Er versteht menschliche Eingaben und kann sie beantworten – mal besser, mal schlechter. Neben dem Entwickler OpenAI sind längst weitere Unternehmen in das KI-Rennen eingestiegen: Microsoft, Google und auch Tesla-Chef Elon Musk haben sich bereits in

Stellung gebracht. Doch über allem steht die Frage: Sind die Entwicklungen eine große Chance oder ein unkalkulierbares Risiko?

Informatik-Experte zu ChatGPT: „Langweilige Aufgaben fallen weg"

Ganz klar eine Chance, sagt Albrecht Schmidt. Er ist Professor für Informatik an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihn stört die Betonung der negativen Aspekte sehr. „Der Eroberungszug der KI ist mit der Einführung des geschriebenen Wortes vergleichbar. Plötzlich konnten Menschen Gedanken festhalten, das war die erste technische Revolution der Geschichte." Auch damals habe es vergleichbare Ängste gegeben, zum Beispiel, dass viele Fähigkeiten wertlos werden. „Wir unterschätzen aber, wie sehr wir uns auch anpassen und wandeln können", so Schmidt.

Bisher kann ChatGPT vor allem Standard-Aufgaben gut erledigen. „Je spezieller eine Aufgabe ist, desto schwieriger wird es. Aber auch da kann die KI schon helfen: Sie schreibt vielleicht keine perfekte Hausarbeit, spuckt aber sehr schnell eine mögliche Gliederung aus", sagt Schmidt. Noch könne man ChatGPT also nicht großflächig einsetzen.

Die Betonung liegt auf noch. Denn für den Experten steht fest, dass die KI gerade in der Arbeitswelt von morgen eine große Erleichterung sein wird. „Aufgaben, die langweilig sind, fallen weg. Für sehr viele Tätigkeiten gilt: Man braucht wenig Kreativität und Intelligenz, um einen Standardvertrag aufzusetzen." Das Ganze hat natürlich auch eine Kehrseite: „Menschen, die so etwas jetzt gerade machen, werden sich in spätestens fünf Jahren einen neuen Job suchen müssen."

Besser spät als nie: „Wir müssen jetzt aktiv werden"

Doch auch für diese Menschen gibt es Hoffnung. Es wird eine neue Qualifikation geben. Und zwar: Wer kann die KI am besten bedienen? Schmidt vergleicht das mit einer anderen Fähigkeit, die sich erst mit den Jahren entwickelt hat: die richtige Online-Suche. „Es gibt Menschen, die sehr gut googeln können und sehr schnell an die Information kommen, die sie brauchen. Und es gibt Leute, die bekommen es einfach nicht hin."…..

https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/neu-ulmer-baeckerei-akzeptiert-kein-bargeld-mehr-100.html 4.3.2023

Neu-Ulmer Bäckerei akzeptiert kein Bargeld mehr

Eine neue Ära beginnt in einer Bäckereifiliale in Neu-Ulm. Dort kann man seit Anfang März nicht mehr bar zahlen. Klappt das, sollen weitere Filialen in Neu-Ulm und Ulm folgen.

Seit Anfang März kommt man mit Bargeld in der Neu-Ulmer Filiale einer Ulmer Bäckereikette nicht mehr weiter. Hier erhält man nur noch Brezel, Semmel und Croissant, wenn man seine Geldkarte dabei hat. Ein Experiment, das Bargeld vielleicht auch in den anderen Filialen überflüssig machen könnte. Gilt das auch für den Ulmer Wochenmarkt?

Studierende und Schüler - die perfekte Kundschaft für das Experiment

Ulrich Bayer hat gerade seine 17. Bäckereifiliale eröffnet - in Neu-Ulm, direkt bei einem Studierendenwohnheim, um die Ecke sind weiterführende Schulen. Aufgeschlossene, junge Kundschaft - für ihn der perfekte Standort, um bargeldloses Bezahlen einzuführen. Ulrich Bayer: "Es gibt noch eine Übergangszeit, in der Kunden mit Bargeld unsere Kundenkarte aufladen können - für alle, die anonym bleiben wollen." Verständnislose und wütende E-Mails hätten ihn dennoch bereits erreicht. "Aber wir führen das auch ein, weil es mit Karte für unsere Mitarbeiterinnen sicherer ist."

"Es wird keine Bäckerei mehr wegen Bargeld überfallen, es gibt kein Falschgeld mehr, es ist hygienischer und geht für den Kunden schneller."…….

https://test.rtde.tech/wirtschaft/150363-krisen-und-insolvenzticker/
9.3.2023

Wieder Warnstreiks im öffentlichen Dienst

Am Donnerstag sind in Nordrhein-Westfalen und Berlin erneut Beschäftigte von Bund und Kommunen in den Warnstreik getreten.
In Dortmund steht der öffentliche Nahverkehr seit dem Morgen still.

Auch bei Müllabfuhr und Straßenreinigung wurde die Arbeit niedergelegt, wie die Gewerkschaft ver.di mitteilte.

In Berlin sind Beschäftigte der Stadtreinigung abermals in einen Warnstreik getreten, der bis Mitternacht dauern soll. Die Angebote der Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen seien bisher "vollkommen unzureichend" gewesen, so die Begründung.

Die Gewerkschaften fordern für die bundesweit rund 2,5 Millionen Beschäftigten 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 500 Euro mehr im Monat.

Am gestrigen Weltfrauentag hatten sich bundesweit rund 70.000 Beschäftigte aus dem Sozial- und Erziehungsdienst an Streiks beteiligt. Dazu hatte ver.di aufgerufen, weil in diesen Berufen die Anerkennung seitens der Arbeitgeber unzureichend sei, wie die Gewerkschaft erklärte.

https://test.rtde.tech/wirtschaft/150363-krisen-und-insolvenzticker/
6.3.2023

Konsumflaute: Jedes zehnte Schuhgeschäft muss schließen

Die Konsumflaute in Deutschland hat schwerwiegende Folgen für den deutschen Einzelhandel, besonders betroffen ist der Schuhhandel. Mehr als jedes zehnte Schuhgeschäft habe im vergangenen Jahr seine Türen für immer geschlossen, sagte der Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Textil Schuhe Lederwaren (BTE), Rolf Pangels, anlässlich der Messe "Shoes" am Montag in Düsseldorf.

Insgesamt verringerte sich die Zahl der Schuhgeschäfte nach Berechnungen dieses Verbandes innerhalb eines Jahres um 1.500 oder 13 Prozent auf rund 10.000 Geschäfte. Pangels warnte, dass gerade in kleineren und mittleren Kommunen diese Schließungen die Attraktivität der Innenstädte weiter verringern könnten. Auch die Prognosen in der Branche für das kommende Jahr sehen düster aus: Mehr als zwei Drittel der Schuhhändler wollen nach einer aktuellen Branchenumfrage des BTE

für die kommende Herbst-Winter-Saison ihre Bestellungen bei der Schuhindustrie reduzieren, nur jeder Zehnte will mehr Ware ordern.

Problematisch sei, dass auch in diesem Jahr die Preise für Schuhe Pangels zufolge – wie schon im Vorjahr – um fünf bis zehn Prozent steigen dürften. Wie sich das auf die Nachfrage auswirken wird, bleibe abzuwarten. …..